

Aus den letzten 100 Jahren gelernt?

Ohne mehr Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln steht Europa auf verlorenem Posten

■ HEINER BOBERSKI

2018 war ein Gedenkjahr, weltweit galt es vor allem dem vor hundert Jahren zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieg. In Mitteleuropa und Österreich standen auch noch andere wichtige Ereignisse im Fokus: der Dreißigjährige Krieg (1618–1648), die Revolution von 1848, der „Anschluss“ an das nationalsozialistisch regierte Deutschland 1938 und das von Revolten und Gewalt geprägte Umbruchjahr 1968. Das neue „Haus der Geschichte Österreich“ dokumentiert anschaulich die abwechslungsreiche Historie unserer Republik seit dem 12. November 1918.

Man soll nicht ständig über alles jammern, was sich heute in der Welt so tut. Aber bestimmte Fragen müssen schon erlaubt sein: Wurde aus der Geschichte gelernt? Vor welchen Herausforderungen stehen wir heute? Werden die Weichen in die Zukunft richtig gestellt?

Die Problemfelder sind bekannt

Die Zahl der globalen Problemfelder ist groß, die wichtigsten sind bekannt: der rasante Klimawandel, die – zum Teil damit zusammenhängende – Migration, die völlig ungleiche Verteilung der Güter auf unserem Planeten, Gewalt und Terror seitens politischer und religiöser Fanatiker, die Krise der Demokratien, das Vordringen unberechenbarer Personen in höchste politische Ämter.

Über jedes dieser Themen könnte man lange Abhandlungen schreiben. Für alle wesentlichen Probleme gilt aber, dass sie sich nur noch gemeinsam lösen lassen. Das größte Hindernis dafür ist die Spaltung der Gesellschaften in sehr vielen Ländern, zu der manipulative Aktionen in den sozialen Medien nicht unwesentlich beigetragen haben. Für die Brexit-Abstimmung in

Großbritannien, für die Wahl von Donald Trump in den USA und mutmaßlich auch für einige andere Wahlgänge sowie für die Katalonien-Krise in Spanien wurde von Kräften, die vor allem Europa destabilisieren wollen, massiv Stimmung gemacht.

Antidemokratische Tendenzen an der Wahlurne

„Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne“, erklären die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem aktuellen Buch „Wie Demokratien sterben“. Mit diesem harten, scheinbar undemokratischen Satz beschreiben sie ein bedenkliches Phänomen unserer Tage: Kandidaten und Parteien, die demokratisch gewählt werden, tendieren wieder zunehmend zu einer „illiberalen Demokratie“, in der die Machthaber mögliche Kontrollmechanismen – etwa eine unabhängige Justiz oder kritische Medien – möglichst ausschalten oder diskreditieren.

Die Autoren schälen folgende Indikatoren für autoritäres Verhalten heraus: die Ablehnung demokratischer Spielregeln (oder schwache Zustimmung zu ihnen), die Leugnung der Legitimität politischer Gegner, die Tolerierung von oder Ermunterung zu Gewalt, die Bereitschaft, die bürgerlichen Freiheiten von Opponenten, einschließlich der Medien, zu beschneiden. Die Liste jener offiziell als Demokratien geltenden Länder, in denen die Regierenden so vorgehen, wird immer länger. Heute fallen nicht nur Russland, die Türkei oder die Philippinen in diese Kategorie, sondern auch die USA unter Donald Trump, die EU-Länder Polen und Ungarn sowie Brasilien unter dem neugewählten Präsidenten Jair Bolsonaro steuern in diese Richtung.



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

■ Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne.

Gerade jetzt, da ein einiges Europa notwendig wäre, zerbröseln die Europäische Union. Großbritannien hat sich entschieden, die EU zu verlassen. Etliche andere Mitglieder wollen sich nicht mehr an einst vereinbarte Spielregeln halten. Vor allem die Osteuropäer und neuerdings Italien gehen eigene Wege, zum Teil bereits begleitet von Österreich. Und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, ein wichtiger Faktor für Stabilität in der EU, hat mit ihrem Rücktritt als Parteivorsitzende der CDU ihren Abschied eingeläutet. Sie mag in den letzten Jahren einige Fehler begangen haben – ihre Flüchtlingspolitik im Herbst 2015 gehört nur bedingt dazu. Sie hat damals in einer Ausnahmesituation eine mutige, humane Entscheidung gefällt, allerdings die europäische Solidarität falsch eingeschätzt. Man hat sie im Stich gelassen und sogar der theoretisch ebenfalls dem Christentum verpflichtete Regierungspartner CSU reihte sich kräftig unter ihre Kritiker ein.

Nicht Populismus, sondern Demagogie

Der in vielen Ländern spürbare Rechtsruck hat viele Ursachen. Man spricht gerne von Populismus, was relativ harmlos klingt. Da werde eben dem Volk, lateinisch *populus*, aufs Maul geschaut, im Grunde also eine volksnahe Politik betrieben, was ja in Anbetracht des Ausdrucks „*Vox populi, vox Dei*“ (die Stimme des Volkes entspricht der Stimme Gottes) nicht so falsch sein kann. In Wahrheit sollte man eher von Demagogen als von Populisten sprechen, denn es sind meist „Volksverführer“, die mittels Hetze und Fehlinformationen – „fake news“, wie man heute so schön sagt – eine gewisse Stimmung im Volk aufbereiten, die sie dann aufgreifen, verstärken und in Wählerstimmen umzuwandeln verstehen.

Es liegt ja in schwierigen Zeiten nahe, Politiker zu wählen, die behaupten, für jedes Problem eine einfache Lösung zu haben. Der Klimawandel ist dann entweder nicht existent oder von uns nicht beeinflussbar, von Einwanderung – die

Mehrheit der Migranten wird als kriminell hingestellt – bleiben wir verschont, wenn wir nur unsere Grenzen dicht machen. Wenn dann noch die anderen Parteien konzeptlos wirken, sich intern zerfleischen und dabei kein Fettnäpfchen auslassen, wie es in Österreich zuletzt die Sozialdemokraten und die Grünen meisterhaft praktizierten, fällt der Rechtsruck noch deutlicher aus. Dass es auch anders gehen kann, haben zumindest die deutschen Grünen bewiesen.

Verantwortungsvolle Politiker nötig

Die Lehre aus der Geschichte kann für Europa und die einzelnen europäischen Staaten nur sein, Spaltungen rasch zu überwinden, echte Probleme nicht zu ignorieren und zum Finden gemeinsamer Lösungen bereit zu sein. Dass eine Klimakatastrophe droht und dringendes Handeln – auch ohne den anscheinend unbelehrbaren Präsidenten der USA – angesagt ist, müsste jeder verantwortungsbewusste Politiker längst erkannt haben. Auch die weltweite Migration ist ein bitter ernstes Problem, das sich nicht durch ein Dichtmachen der Grenzen mit Mauern und Zäunen oder durch das Verweigern der Teilnahme an einem internationalen Pakt auf Dauer wegschieben lässt. Natürlich muss man zwischen asylbedürftigen und anderen Zuwanderern differenzieren. Aber genau das passiert viel zu wenig. Nicht selten hat man den Eindruck, dass die Falschen – nämlich bereits gut integrierte und leistungswillige Migranten, denen in ihrer Heimat wirklich Verfolgung droht – abgeschoben werden.

Der nach wie vor zunehmende Nationalismus in Europa löst keine Probleme, sondern schafft nur neue und freut vor allem jene, die den Kontinent destabilisieren wollen. Wer die Festigung der Macht im eigenen Land über europäische Werte stellt, führt eine Situation herbei, die letztlich ganz Europa und natürlich auch seinem eigenen Land beträchtlichen Schaden zufügen wird. ■